

Repetitorium im Staatsrecht

Fall 14

Teure Demokratie

Im Bundestag wird wieder einmal eine Neuregelung der Parteienfinanzierung diskutiert. Folgende Vorschriften stehen zur Debatte:

§ 1 Wahlkampfkosten

- (1) Die notwendigen Kosten eines angemessenen Wahlkampfes werden den Parteien, die sich mit eigenen Wahlvorschlägen an der Bundestagswahl beteiligt haben, erstattet. Die Wahlkampfkosten umfassen einen Pauschalbetrag von 1,00 € je Wahlberechtigten dieser Bundestagswahl.
- (2) Der Anteil an der Wahlkampfkostenpauschale bemisst sich nach dem Verhältnis der von der jeweiligen Partei im Wahlgebiet erreichten Zweitstimmen. Die Summe der einer Partei erstatteten Wahlkampfkosten darf über ihre Eigeneinnahmen ... *[es folgt ein nicht zu beanstandender Berechnungsschlüssel]* nicht hinausgehen.

§ 2 Finanzierung

Zur Finanzierung ihrer allgemeinen politischen Tätigkeit erhalten die im Bundestag vertretenen Parteien einen jährlichen Zuschuss von 1.000.000 €.

§ 3 Spenden

Spenden an eine Partei, deren Gesamtwert in einem Kalenderjahr 30.000 € übersteigen, sind unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders sowie der Gesamthöhe der Spende im Rechenschaftsbericht zu verzeichnen.

Sind diese Regelungen mit der Verfassung vereinbar?

Vertiefungshinweise:

BVerfG, DVBl. 2002, 608 = JuS 2002, 1117 (M. Sachs) = NVwZ 2002, 845 – „Ehrenamtliche“ Leistungen

BVerwG, B.v. 4.2.2003 - 6 B 68.02 – Nicht angegebenes Auslandsvermögen (Rückzahlung v. Zuschüssen an BT-Verwaltung)

H.H. v. Arnim, Die neue Parteienfinanzierung, DVBl. 2002, 1065 ff.

J. Ipsen, Das neue Parteienrecht. Eine kritische Bestandsaufnahme des Achten Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes, NJW 2002, 1909 ff.

T. Koch, Verlust der Teilhabe an staatlicher Parteienfinanzierung bei fehlerhaftem Rechenschaftsbericht, NJW 2000, 1004 ff.

W. Leisner, „Dienstleistungen an Parteien“, NJW 2000, 1998 f.

C. Lenz, Das neue Parteienfinanzierungsrecht, NVwZ 2002, 769 ff.

U. Volkmann, Parteispenden als Verfassungsproblem, JZ 2000, 539 ff.

M. Winkler, Rückforderung überzahlter staatlicher Zuschüsse an politische Parteien, JA 2000, 517 ff.

Internet: - <http://www.jura.uos.de/institut/eur/Publik-PS.html>
- <http://www.jura.uos.de/institut/eur/Lehre-PS.htm>